

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 09.06.2011, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:25 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Jobcenter im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	069/2011 5
2.	Zulassung des Kreises Warendorf als kommunaler Träger nach § 6a Abs. 2 SGB II zum 01.01.2012	065/2011 6
3.	Leistungen für Bildung und Teilhabe 1. Sachstandsbericht 2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011	076/2011 7
4.	Inklusion	059/2011 9
5.	Bericht zur psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf	047/2011 11
6.	Pflegebericht für den Kreis Warendorf	058/2011 12
7.	Bericht über die Arbeit der Pflegestützpunkte	057/2011 13
8.	Umsetzung des Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf	055/2011 14
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	

1. Einsatz von Integrationshelfern an Schulen 074/2011 15**Anlagen**

- Anlage 1 Bericht der Frau Schreier und des Herrn Weber, Jobcenter im Kreis Warendorf
- Anlage 2 Organigramm der Lenkungsgruppe und Arbeitsgruppen zum Umstellungsprozess auf Optionskommune
- Anlage 3 Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf
- Anlage 4 Kommunale Pflegeplanung

Anwesend:

Vorsitz	
Strübbe, Robert	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Diekhoff, Markus	
Hein-Kötter, Dorothea	bis 11.45 Uhr
Hüttemann, Dorothe	
Leismann, Jendrik	
Lindstedt, Cornelia	
Mors, Annette	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strohbücker, Josef	
Twenhöven-Ruhmann, Annette	
Vöcking, Knud	
Wördemann, Christiane	
stellv. Ausschussmitglieder	
Krause, Josef	
Scharfe, Tatjana	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Lummer, Petra	
Rehfeldt, Elke Dr.	
Schabhüser, Helmut	
Schulte-Sienbeck, Verena	
Uhkötter, Richard	
Gäste	
Schreier, Petra	Jobcenter im Kreis Warendorf
Weber, Josef	Jobcenter im Kreis Warendorf

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Drestomark, Bernhard

Starke, Yasemin

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 26.05.2011 form- und fristgerecht einberufen wurde.

Nach dem Tagesordnungspunkt 1 verpflichtet Herr Strübbe die sachkundige Bürgerin Frau Scharfe zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Frau Scharfe nimmt als Vertreterin für Herrn Drestomark erstmalig an einer Sitzung des Ausschusses teil.

I. Öffentlicher Teil**1. Jobcenter im Kreis Warendorf
hier: Sachstandsbericht****069/2011**

Frau Schreier, Geschäftsführerin des Jobcenters im Kreis Warendorf, erläutert

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Warendorf seit 2006
- die Entwicklung in den letzten 12 Monaten
 - der Bedarfsgemeinschaften, der Leistungsberechtigten und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten
 - der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- die Zielwerte 2011
- die Zielerreichung 2011 für die Bereiche
 - Passive Leistungen Bund
 - Leistungen für Unterkunft
 - Integrationen
- den Bestand der Kunden im Langzeitbezug mit einer Dauer von über 24 Monaten
- die Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen
- die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit
 - die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahre
- die Entwicklung der schwerbehinderten SGB II-Arbeitslosen
- die Frauenerwerbslosigkeit 05/2010 – 05/2011
- die Anzahl alleinerziehender Bedarfsgemeinschaften anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Herr Weber, Teamleiter Fallemanagement für den Bereich Beckum, Ennigerloh, Oelde und Wadersloh, berichtet anschließend über das Thema "Bürgerarbeit" (sh. ebenfalls Anlage 1).

Er erläutert u.a.

- die Fördervoraussetzungen für Arbeitgeber und Beschäftigungsfelder
- Anforderungen an das Arbeitsverhältnis
- Förderanzahl und Förderhöhe
- bewilligte Bürgerarbeitsplätze nach Orten/Kommunen und nach Beschäftigungsfeldern.

Herr Weber führt aus, dass Start des Projektes der 15.07.2010 war, am 01.02.2011 hätten die ersten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der Bürgerarbeit begonnen. Die Laufzeit des Projektes betrage 3 Jahre.

Herr Weber geht davon aus, dass die 100 förderungsfähigen Bürgerarbeitsplätze bis September 2011 belegt werden können. Bisher gebe es nur eine geringe Abbrecherquote.

2.	Zulassung des Kreises Warendorf als kommunaler Träger nach § 6a Abs. 2 SGB II zum 01.01.2012	065/2011
-----------	---	-----------------

Frau Klausmeier fasst den Weg zur Zulassung des Kreises Warendorf als Optionskommune zusammen (sh. Vorlage). Um einen reibungslosen Übergang vom Jobcenter in die alleinige Zuständigkeit des Kreises zu gewährleisten, seien eine Lenkungsgruppe und 5 Arbeitsgruppen eingerichtet worden (Organigramm sh. Anlage 2). Diese Gruppen treffen sich bis Ende des Jahres 1x monatlich.

Zur Arbeitsgruppe "IT und Liegenschaften" teilt Frau Klausmeier mit, dass die Softwarevergabe Anfang Mai 2011 an die Fa. Lämmerzahl erfolgte. Die Hardware werde von der Bundesagentur für Arbeit gestellt. In Ahlen und Warendorf seien Umzüge geplant, zusätzlicher Raumbedarf bestehe in Oelde und Telgte.

Die Arbeitsgruppe "Interne Prozesse" befasse sich mit Statistik und Controlling.

Die Arbeitsgruppe "Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit" sei u.a. für den Übergang der Leistungsberechtigungen von ALG I nach ALG II, den Arbeitgeberservice und die regionale Arbeitsvermittlung zuständig.

Frau Klausmeier erläutert, dass hinsichtlich der Umstellungskosten eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund geschlossen wurde, wonach eine Anschubfinanzierung in Höhe von 75 € je Bedarfsgemeinschaft vorgesehen ist. Der Kreis werde 606.000 € vom Bund erhalten, der Eigenanteil betrage 109.000 €. Der Großteil der Mittel würde in 2011 verausgabt, der Rest in 2012.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass lt. gesetzlicher Regelung 90 % der Mitarbeiter der Bundesagentur vom Kreis übernommen werden müssen. Im Rahmen des Optionsantrages wurde erklärt, dass alle Mitarbeiter der Kommunen übernommen werden sollen. Seine größte Sorge sei der IT-Bereich. Die Daten sollten soweit wie möglich überspielt werden, er gehe jedoch davon aus, dass auch in großem Umfang Daten händisch erfasst werden müssen. Er lobt die gute Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Ahlen.

Frau Klausmeier erklärt, dass die Zahlung der Leistungen zum 01.01.2012 gewährleistet sei. Die Bewilligungsbescheide würden für 6 Monate gelten, so dass in vielen Fällen die Leistungen in den ersten Monaten des Jahres 2012 noch über das Programm der Bundesagentur gezahlt würden.

3. Leistungen für Bildung und Teilhabe 1. Sachstandsbericht 2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011	076/2011
--	-----------------

Herr Uhkötter erläutert den Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Kreis Warendorf.

Er teilt mit, bis heute noch keine Entscheidung der Landesregierung bezüglich der Zuständigkeit nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKKG) erfolgte. In einem Gespräch beim MAIS am 26.05.2011 habe Herr Siebenhaar angekündigt, dass mit einer Rechtsverordnung zur Ausführung des BKGG nicht vor Juli zu rechnen sei. Fest stehe bisher nur, dass die Kreise und kreisfreien Städte die Aufgaben wahrnehmen sollen, unklar sei jedoch die Delegationsmöglichkeit:

- a) in Abhängigkeit von einer Aufgabendelegation im SGB II,
- b) in Abhängigkeit von einer Aufgabenwahrnehmung Bildung und Teilhabe nach SGB II oder
- c) in Abhängigkeit von einer Aufgabendelegation im SGB XII (LKT NRW)

Die Aufgaben würden daher vorläufig in der Kreisverwaltung selbst wahrgenommen, um den Kindern die ihnen zustehenden Leistungen zukommen zu lassen.

Asylbewerber können einen Rechtsanspruch aus § 2 Abs. 1 AsylbLG herleiten (Aufenthaltsdauer über 4 Jahre), führt Herr Uhkötter aus. Es gebe auch Überlegungen, die Leistungen auf alle Asylbewerber auszudehnen.

Die Städte im Kreis Warendorf würden voraussichtlich ebenfalls diese Ermessensleistungen gewähren.

Zu den Antragszahlen (Stand 08.06.2011) berichtet Herr Uhkötter:

Beim Jobcenter wurden 1.414 Anträge von 1.043 Antragstellern gestellt. Dieses entspreche bei ca. 6.200 Leistungsberechtigten einer Quote von 17 % und im Durchschnitt 1,4 Anträgen je Antragsteller.

Die größten Nachfragen erfolgten für Mittagsverpflegung (35 %), Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (32 %) und Ausflüge/Klassenfahrten (24 %). Die Vollständigkeitsquote der Anträge habe sich von zuvor 46 % auf jetzt 58 % verbessert.

Beim Kreis wurden bisher 1.322 Anträge von 598 Antragstellern gestellt, das bedeute eine Quote von 15 % bei ca. 4.000 Leistungsberechtigten und im Durchschnitt 2,2 Anträge je Antragsteller.

Die größten Nachfragen erfolgen hier für Ausflüge und Klassenfahrten (28 %), Teilhabe (23 %), persönlicher Schulbedarf (19 %) und Mittagsverpflegung (19 %). Die Vollständigkeitsquote habe sich nur geringfügig auf aktuell 35 % verbessert.

Bei den örtlichen Sozialämtern wurden bisher 36 Anträge gestellt (bei Auswertung von 10 Städten). Bei ca. 170 Anspruchsberechtigten bedeute dies eine Quote von 22 %.

Herr Uhkötter weist auf das Problem hin, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe nur gewährt werden können, sofern die "Grundleistungen" bezogen werden, sie sind damit zeitlich auf die Laufzeit der Bescheide SGB II (1/2 Jahr) und Wohngeld (1 Jahr) beschränkt. Dadurch ergebe sich eine Problematik z.B. bei Vereinsbeiträgen, persönlichem Schulbedarf, Abrechnung Mittagsverpflegung (Spitzabrechnung, Verwendung von Pauschalen, Chipkarten die unregelmäßig "befüllt" werden müssen/ unregelmäßige Zahlungen in unterschiedlicher Höhe).

Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit erklärt Herr Uhkötter, dass alle Schulen und Kindergärten in der Woche vor den Osterferien angeschrieben wurden. Zusätzlich wurden in der 21. Kalenderwoche alle Eltern von Leistungsberechtigten nach dem SGB II, SGB XII, WohnG (sofern Namen/Adressen von den Wohngeldämtern zur Verfügung gestellt wurden) angeschrieben und für die Inanspruchnahme geworben. Dieses seien ca. 5.000 Anschreiben gewesen.

Info-Veranstaltungen seien u.a. in den Jugendämtern und für Kindertageseinrichtungen durchgeführt worden. Zudem seien offene Abendveranstaltungen im Kreishaus und im Ratssaal Ahlen für Anbieter von Teilhabeleistungen geplant. Ziel sein es, Anbieter als Multiplikatoren gewinnen um für die Inanspruchnahme der Leistungen zu werben.

Infobroschüren seien beim BMAS bestellt, derzeit gebe es Lieferschwierigkeiten. Vom Land solle es ebenfalls Broschüren geben, auch in Türkisch und Russisch. Der Kreis werde kurzfristig einen eigenen Flyer herausgeben mit Telefonnummern von Ansprechpartnern.

Frau Mors hält die aktuelle Quote der Inanspruchnahme noch für zu gering. Sie bittet um einer Einschätzung der Quote bis zum Jahresende.

Herr Uhkötter geht davon aus, dass eine deutliche Erhöhung der Quote nach den Sommerferien erfolge. Anträge auf Schulbedarf würden z.B. derzeit noch zurückgestellt. Zudem bestehe z.B. im Bereich der Mittagsverpflegung eine feste Struktur durch das Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit".

Das Wichtigste sei, dass die Leistungen bei den Kindern ankommen, stellt Herr Dr. Börger fest. Die bisherige Quote von Anträgen sei völlig in Ordnung, bis zum Jahresende erwarte er mindestens 50 %.

Frau Lindstedt regt an, Flyer mit Infos über die vorhandenen Angebote für jede Stadt im Kreis zu erstellen.

Herr Dr. Börger hält dieses für eine sinnvolle Anregung die mit den Städten und Gemeinde besprochen werden solle.

Herr Uhkötter erklärt, dass Listen für die Orte vorhanden seien. Diese müssten für alle zugänglich gemacht werden, da sie bisher nur den bewilligenden Stellen vorliegen.

4. Inklusion**059/2011**

Frau Schulte-Sienbeck erläutert, dass die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland zum 26. März 2009 in Kraft trat. Sie habe das Ziel, die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen zu fördern, Menschen in ihrer Verschiedenheit anzunehmen und Bedingungen zu schaffen, die allen eine Teilhabe ermöglichen.

In der öffentlichen Diskussion liege der Fokus in der Regel auf dem Bereich der schulischen Bildung. Die UN-Konvention verstehe Teilhabe jedoch in einem weit umfassenderen Sinne und beziehe auch die Bereiche Arbeit, Wohnen, Kultur und Gesundheit mit ein.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene würden derzeit Pläne zur Umsetzung der Konvention erarbeitet. Die Landesregierung habe für den Sommer die Vorlage eines ressortübergreifenden Aktionsplanes "Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv" angekündigt. Ein erster Zwischenbericht mit dem Titel "Auf dem Weg zum Aktionsplan" sei bereits vorgestellt worden. Die landesrechtliche Verankerung der Konvention sei derzeit in Arbeit.

Auch der Kreis Warendorf werde sich intensiv mit der örtlichen Umsetzung beschäftigen.

Am 27.09.2011 finde auf dem Kulturgut Haus Nottbeck eine Fachtagung statt. Herr Reiner Limbach, Beigeordneter beim Landkreistag NRW, werden einen Vortrag zum Thema "Die Auswirkungen der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf die Kreise" halten. Weiterer Referent sei Herr Hans Meyer, LWL - Jugend- und Schuldezernent beim Landschaftsverband, mit dem Thema "Herausforderungen der UN-Konvention für den Bereich Schule und Jugendhilfe".

Zusätzlich werden Workshops zu den Themen

- Schule
- Kindheit und Jugend
- Wohnen, Gesundheit und Pflege
- Arbeit

stattfinden.

Im Jahr 2012 solle ein Inklusionsplan erstellt werden. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme werde festgestellt, in welchen der o.g. Bereiche Inklusion schon verwirklicht werde und wo noch weitere Maßnahmen erforderlich seien. Der Behindertenbeirat und die relevanten Verbände und Vereine würden hier einbezogen.

Herr Dr. Börger erklärt, dass die Inklusion im Kindergartenbereich praktisch vollzogen sei, in den Schulen befinde sie sich noch in der Umsetzung. Er sei jedoch überzeugt, dass auch in Zukunft Förderschulen erforderlich seien.

Er teilt mit, dass das Land einen Inklusionsplan für alle Lebensbereiche vorlegen wolle. Es bestehe daher kein Grund zur Eile. Die Vorlage dieses Planes solle abgewartet werden, da der Prozess der Inklusion ohnehin Jahrzehnte dauern werde.

Wichtig sei, dass das Land entsprechend der neuen Aufgaben auch finanzielle Mittel zur Verfügung stelle.

Herr Stöppel regt an, den Inklusionsplan 2012 nicht zu umfangreich ausfallen zu lassen.

Wichtig sei, dass die Kommunen nicht überfordert würden durch zu viele Abfragen und Handlungsempfehlungen.

Herr Diekhoff ist ebenfalls überzeugt, dass weiterhin Förderschulen nötig seien. Er weist darauf hin, dass die Qualitätsstandards der Förderschulen nicht sofort von den Regelschulen vorgehalten werden können.

5.	Bericht zur psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf	047/2011
-----------	---	-----------------

Frau Dr. Rehfeldt erläutert, dass das Gesundheitsamt in der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien beauftragt wurde, eine Befragung zur psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Kurzbefragung stellt sie anhand einer Präsentation vor (Anlage 3).

Herr Vöcking hält die genannten Wartezeiten nicht für befriedigend, insbesondere für Jugendliche mit Problemen seien diese nicht hinnehmbar. Ggf. müsste die Politik versuchen, diese Wartezeiten zu verkürzen.

Frau Mors weist darauf hin, dass der Bericht angefordert wurde weil bekannt war, dass ein großer Druck bestehe. Die Entstehung neuer Plätze in Warendorf und Drensteinfurt-Walstedde sei zu begrüßen. Es müsste jedoch geprüft werden, was getan werden könne, um den Bedarf erst gar nicht entstehen zu lassen.

Frau Dr. Rehfeldt nennt die oft fehlenden Familienstrukturen als einen der Gründe für den Bedarf an Psychotherapie.

Herr Dr. Börger stellt fest, dass der Bericht eindrucksvoll unterstreiche, dass in den letzten Jahren viel Positives erreicht wurde.

6. Pflegebericht für den Kreis Warendorf**058/2011**

Frau Schulte-Sienbeck berichtet zum aktuellen Stand der Pflegeinfrastruktur im Kreis Warendorf und zur Kommunalen Pflegeplanung 2011/2012 (Anlage 4).

Herr Dr. Börger bedauert, dass es keine Steuerungsmöglichkeit mehr gebe um die Anzahl der Pflegeplätze im Kreis beeinflussen zu können. Insbesondere große Träger errichten neue Einrichtungen, ohne den vorhandenen Bedarf zu prüfen. Derzeit stünden ca. 200 Plätze in Alten-/Pflegeheimen leer.

Dennoch seien bereits wieder Neubauten in Warendorf und Telgte fertig gestellt und in Ennigerloh und Oelde geplant.

Die Tendenz gehe jedoch zu alternativen Wohnformen.

Herr Diekhoff weist darauf hin, dass eine Vollbelegung nicht erreicht werden könne und solle. Dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen komme im Gegenteil sehr entgegen, wenn es Leerstände im überschaubaren Umfang gebe, damit den Betroffenen ggf. die Möglichkeit eröffnet wird, das Heim zu wechseln. Die Pflegelandschaft habe sich insgesamt verbessert.

Der Leerstand sei nicht flächendeckend teilt Frau Schulte-Sienbeck mit, sondern beziehe sich auf einzelne Orte.

7. Bericht über die Arbeit der Pflegestützpunkte**057/2011**

Frau Schulte-Sienbeck teilt mit, dass die drei Pflegestützpunkte im Kreis Warendorf in Ahlen, Beckum und Warendorf zum 01.04.2011 eröffnet wurden.

Insgesamt haben 22 Kreise und kreisfreie Städte in NRW Pflegestützpunkte eingerichtet. Damit existieren in nicht einmal der Hälfte der 53 Kreise und kreisfreien Städte Pflegestützpunkte. In einem Landkreis wurden die Pflegestützpunkte aufgrund fehlender Inanspruchnahme bereits wieder geschlossen. Aufgrund der vielfach langen Verhandlungen und Vorbereitungszeiten sei die Start- und Erprobungsphase um ein Jahr bis zum 31.12.2011 verlängert worden.

Das Landeszentrum für Pflegeberatung habe die Pflegestützpunkte akkreditiert. Die zugesagte Unterstützung mit Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit sei bislang nicht erfolgt. Wie auch die Einführung einer einheitlichen Software wurde die Idee einer einheitlichen Servicenummer und eines gemeinsamen E-Mail-Accounts verworfen. Hinzu komme, dass der Leiter des Landeszentrum, Herr Knud van Büren, in einen anderen Aufgabenbereich gewechselt und die Stelle derzeit vakant sei.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe habe den Auftrag erhalten, die Pflegestützpunkte zu evaluieren und zu begleiten. Die Begleitung bestehe derzeit in der Bereitstellung eines Internetforums. Im Rahmen der Evaluation finde eine Datenauswertung statt, Kundenbefragung und Fallstudien seien geplant. Ein erster Zwischenbericht soll zum 30.06.2011 vorgelegt werden, der Abschlussbericht zum 31.05.2012.

Frau Schulte-Sienbeck führt aus, dass zwischen den Pflegestützpunkten Ahlen, Beckum und Warendorf stundenweise ein Personalaustausch stattfinde. Für den Kreis Warendorf übernehme Herr Kamps vom Verein Alter und Soziales die kommunalen Präsenzzeiten in Ahlen und Beckum mit zurzeit je 9 Stunden wöchentlich. Die Pflegekassen haben zum Jahresbeginn den Personalaustausch zum Pflegestützpunkt im Kreishaus von 9 auf 6 Stunden wöchentlich reduziert.

Die einzelnen Pflegestützpunkte machen sehr unterschiedliche Erfahrungen, berichtet Frau Schulte-Sienbeck. Grundsätzlich lasse sich feststellen, dass es die Stützpunkte, deren Beraterinnen und Berater bereits bekannt sind, leichter haben. Die Pflegestützpunkte im Hause der Pflegekassen würden ganz überwiegend von eigenen Versicherten aufgesucht, für Versicherte anderer Kassen bestehe hier offensichtlich eine Hemmschwelle bzw. das Angebot sei noch nicht bekannt genug.

In Ahlen bestehe eine hohe Nachfrage, Kontakte laufen überwiegend über die ehemalige KAA Pflege- und Wohnberatung. Die Pflegeberaterin der IKK nehme eine Zunahme der Beratungsanfragen direkt an den Pflegestützpunkten wahr, dabei handelt es sich jedoch überwiegend um eigene Versicherte.

Für Beckum sei einer deutlich geringere Nachfrage festzustellen. Hier suchen die Ratsuchenden den Kontakt überwiegend per Telefon. Häufig werden Beratungsanfragen über die eigenen Leistungssachbearbeiter an den Pflegestützpunkt weitergeleitet. Es sei eine Intensivierung der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit vereinbart worden.

In Warendorf bestehe durch Frau Jasper Kontinuität bei der Person der Beraterin.

8.	Umsetzung des Integrationsberichtes für den Kreis Waren- dorf	055/2011
-----------	--	-----------------

Frau Schulte-Sienbeck berichtet, dass eine interne Steuerungsgruppe (Sozialdezernent, Sozialamt, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Gesundheitsamt, Ausländeramt, Jobcenter, bei Bedarf weitere Beteiligte) regelmäßig über die Umsetzung der 55 Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte berät.

Es sei bewusst entschieden worden, die Maßnahmen nicht zentral von einer Integrationsstelle koordinieren zu lassen, sondern die Verantwortung in den zuständigen Ämtern zu belassen. Nur auf diesem Wege könne das Thema Integration langfristig als Querschnittsthema implementiert werden, dies sei eine wichtige Voraussetzung für die weitere interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

Eine Vielzahl der mit hoher Priorität bewerteten Maßnahmen sei durch die Ämter umgesetzt bzw. konkret geplant worden. Viele Maßnahmen im Bereich der Bildung wurden im Rahmen des KOMM-IN-Projektes 2010/2011 bearbeitet, das durch das Regionale Bildungsbüro koordiniert wurde.

Frau Schulte-Sienbeck und Frau Lummer erläutern den Umsetzungsstand der Maßnahmen des Integrationsberichtes, die in die Zuständigkeit des Sozialamtes bzw. des Gesundheitsamtes fallen (sh. Vorlage).

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.25 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer